Es ist bedauerlich, daß eine so rein geschäftliche Frage, wie die Gehaltsfrage, zu einer Personenfrage gemacht worden ist. Aber da es geschehen, darf man wohl auch auf die Dienste hinweisen, die Liebknecht der Partei geleistet hat. Das Ansehen, die Macht, der Einfluß der Partei beruht nicht zum Geringsten auf der Aufopferung und Selbstlosigkeit, die Liebknecht ein volles Menschenalter hindurch bewiesen hat. 40 Jahre ist er im Dienste der Partei thätig, und während dieser Zeit hat er niemals die Rücksicht auf sein eigenes Wohlbehagen, auf die Zukunft seiner Familie in den Vordergrund gestellt. Auch heute noch ist er als Führer, Agitator und Schriftsteller der Partei geradezu unerreicht. Wer unter Ihnen ist, der wie Liebknecht in seinem Zuge nach Marseille vor- und nachher in Dutzenden von Versammlungen in lebendiger Jugendfrische das leistete, was er geleistet hat! Wir wollen ihm kein Gnadengehalt geben, sondern uns fragen, sind die Leistungen seinem Gehalt entsprechend. Und da glaube ich, daß es Pflicht und Schuldigkeit der Partei ist, das Gehalt in dieser Höhe zu bewilligen. Leistung gegen Leistung! (Lebhafte Zustimmung.)

Ich bitte Sie, Parteigenossen, in allen diesen Dingen persönliche Rücksichten bei Seite zu schieben. Die Partei ist groß geworden, weil sie sich von sachlichen, nie von kleinlichen, persönlichen Rücksichten hat leiten lassen. Wir wollen auf dieser Bahn, frei von allen persönlichen und Nebenrücksichten weiter wandeln, unseren Feinden zum Trutz, unseren Parteigenossen zu Nutz! (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Das Schlußwort für die Kontroleure erhält

Berichterstatter Kaden: Grünwald beschwerte sich darüber, daß die Kontrolkommission nicht an Auer heran-, sondern um ihn herumgegangen sei, weil er der Parteisekretär sei. Die Kontrolkommission hat die Beschwerde, welche Przytulski an sie hat gelangen lassen, geprüft, untersucht, und der Genosse Auer hat dabei den Sachverhalt genau so dargestellt, wie er es dem Parteitage vorgetragen hat. Daß die Kontrolkommission der Person Auer's wegen auf die Sache nicht eingegangen wäre, ist eine Behauptung ohne jegliche Begründung. Daß ein Verdacht unter den Genossen sehr leicht entstehen konnte, ergiebt sich aus Folgendem. Der eine Genosse sieht, wie Przytulski freundschaftlich mit einem Polizeibeamten verkehrt, an einem anderen Orte sieht dasselbe ein anderer Genosse. Nun treffen sich beide Genossen und tauschen ihre Wahrnehmungen aus. Dann erhebt sich natürlich ein Verdacht, und wenn er erst aufgetaucht ist, dann ist er schlecht wieder zu beseitigen, denn ein juristischer Beweis läßt sich in diesen Dingen nicht erbringen.

Hierauf wird der Antrag der Kontroleure auf Dechargirung des Parteikassirers einstimmig angenommen.

B

Abgelehnt werden die Anträge Augustin, Kiesel, Legien, Litzinger und Genossen, Mahlke, Schulze-Bernburg; der Antrag Baudert-Apolda wird angenommen.

Der Antrag Grünwald auf Niedersetzung einer Kommission von 5 Mitgliedern zur Untersuchung des Falls Przytulski wird mit der Maßgabe angenommen, daß die Siebener-Kommission (für Solingen) die Untersuchung führen soll.

Gottlieb übernimmt den Vorsitz

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Berichterstatter Singer: Parteigenossen! Diejenigen von Ihnen, die bei diesem Punkt der Tagesordnung eine längere Rede von mir erwartet haben, werden sich getäuscht finden. (Bravo!) Ich werde die kostbare Zeit des Parteitages nicht lange in Anspruch nehmen und kann mich lediglich auf den in Ihren Händen befindlichen gedruckten Bericht beziehen. Ich könnte hiermit schließen, wenn ich nicht eine Frage zu erledigen hätte, die nicht nur ich, sondern auch die Mitglieder des bisherigen Partei-Vorstandes für so wichtig halten, daß sie bei dieser Gelegenheit zur Sprache gebracht werden muß. Sie wissen, daß der demnächst zusammentretende Reichstag von einer Militärvorlage bedroht ist, die bereits in den Partei-Versammlungen sowie in den Parteiorganen vielfach besprochen worden ist. Ich meine, daß die Parteigenossen im Reich, sowie überhaupt alle politisch denkenden Arbeiter es nicht begreifen würden, wenn der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstages versammelt ist, zu der Militärvorlage nicht Stellung nehmen würde. Ich bin der Ansicht, das es Aufgabe und Pflicht des Parteitages ist, seine Meinung über die Militärforderung der Regierung zum Ausdruck zu bringen; würde es jedoch für Unsinn halten, wenn die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in lange Erörterung über den Militarismus und die Militärvorlage einträten. Die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus ist durch unser Programm gegeben. Jedermann weiß, wie die Sozialdemokratie zum Militarismus steht; wir sind Feinde des Militarismus und werden denselben so lange bekämpfen, bis er zerschmettert am Boden liegt. (Beifall.) Wir stehen bezüglich der Militärvorlage nicht auf dem Standpunkt der Fortschrittspartei, welche einmal die Parole ausgab, „diesem Ministerium keinen Mann und keinen Groschen", sondern bei uns heißt es, entsprechend unserem Prinzip: dem **Militarismus, dem herrschenden Militärsystem keinen Mann und keinen Groschen!**

B

(Lebhafte Zustimmung!) Um dieser Stellung Ausdruck zu geben, schlage ich Ihnen folgende Resolution vor:

Durch die dem Reichstage in Aussicht gestellte Militärvorlage werden dem schon jetzt durch den Militarismus aufs äußerste bedrückten deutschen Volke noch neue persönliche und finanzielle Lasten zugemuthet, die es nicht tragen kann, ohne auf die wichtigsten Kulturarbeiten zu verzichten, und ohne daß die Quellen der produktiven Arbeit geschädigt werden.

Das herrschende Militärsystem, nicht im Stande, die Sicherheit Deutschlands gegen feindliche Ueberfälle zu gewährleisten, bildet eine fortdauernde Bedrohung des Völkerfriedens und dient der kapitalistischen Klassenherrschaft, deren Zweck die wirthschaftliche Ausbeutung und die politische Niederhaltung der Arbeiterklasse ist, als vornehmlichstes Werkzeug.

Der Parteitag fordert daher, entsprechend dem Programm der sozialdemokratischen Partei, die Einführung eines auf Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit beruhenden und die allgemeine Volksbewaffnung verwirklichenden Wehrsystems und erklärt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in vollem Einklang mit der in der Sozialdemokratie politisch organisirten Arbeiterklasse Deutschlands handeln, indem sie die Regierungsvorlage sowie jede anderweite Forderung für das gegenwärtige Militärsystem verwerfen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Augustin-Berlin: Ich empfehle Ihnen die Annahme der eben gehörten Resolution. — Dr. Lütgenau hat in diesem Jahre in Berlin eine Versammlung abgehalten, in welcher er eine Resolution befürwortete, bei den Stichwahlen nur einen Kandidaten zu unterstützen, welcher sich für den Achtstundentag erklärte. Ich glaube, es ist Sache des Parteitages, zu dieser Frage klare Stellung zu nehmen. Unsere gegnerischen Parteien, mögen sie heißen, wie sie wollen, sind reaktionäre Parteien, die wir selbst dann nicht unterstützen dürfen, wenn sie erklären, daß sie für den Achtstundentag eintreten. Wir wollen mit den bürgerlichen Parteien nichts gemein haben. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme folgender Resolution:

„In Erwägung, daß die Verstärkung der sozialen Gegensätze, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die wachsende Ausbeutung des Proletariats durch die bestehende kapitalistische Herrschaft bewirkt wird, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit sich immer mehr verschärft, die Interessen der Arbeiter von der einen „reaktionären Masse", die alle bürgerlichen Parteien bilden, immer mehr unterdrückt werden, weist die Sozialdemokratie jeden Kompromiß mit anderen Parteien — gleichviel ob direkt oder indirekt — zurück und empfiehlt den Genossen, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten sich stets der Stimmabgabe zu enthalten."

B

Jähnig-Halle: Wir haben im vorigen Jahre in Halle verschiedene stark besuchte Versammlungen der Arbeitslosen abgehalten, in welchen wir den Leuten versprochen haben, daß wir der Fraktion des Reichstages anheim geben würden, sofort für die obligatorische Einführung des Achtstundentages einzutreten, damit der Arbeitslosigkeit einigermaßen gesteuert würde. In Bezug auf den Militarismus habe ich den Auftrag, dahin zu wirken, daß ein Flugblatt in diesem Sinne herausgegeben wird.

Vogtherr-Berlin: Die Frage der Betheiligung bei den Stichwahlen ist seiner Zeit von mir dahin präzisirt worden, daß ich es für unangebracht halte, die Frage überhaupt innerhalb der einzelnen Wahlkreise zu ventiliren. Der Parteitag als Vertretung der Gesammtpartei hat sein Urtheil darüber abzugeben. Ich hoffe, daß er auch heute sich strikte in dem Sinne der von Augustin vorgeschlagenen Resolution entscheiden wird. Ich halte es namentlich insofern für unpraktisch, ja dem Interesse der Partei zuwiderlaufend, von vornherein die Betheiligung bei den Stichwahlen abhängig zu machen von dem jeweiligen Verhalten der bürgerlichen Parteien, weil wir deren Verhalten, sowohl in Bezug auf den Achtstundentag, wie den Militarismus u. s. w. von vornherein beurtheilen können.

Mittag-Halle: Meine Mandatgeber haben mich beauftragt, für die sofortige Einführung des Achtstundentages einzutreten. Nun bin ich überzeugt, daß der Reichstag das nicht annehmen wird, ich glaube aber, daß trotzdem unsere Fraktion diese von den Arbeitern aller zivilisirten Nationen gestellte Forderung im Reichstag vorbringen muß und nicht erst bis 1898 warten darf, wie sie seiner Zeit beschlossen hat. Die heutigen Verhältnisse sind vollständig reif. Man könnte sagen, daß der Achtstundentag heut zu Tage der ländlichen Bevölkerung nicht angepaßt werden könne. Der Merseburger, Querfurter und Saal-Kreis, alles ländliche Kreise, haben sich aber dafür erklärt, daß der Achtstundentag sofort eingeführt wird. Wir sind überzeugt, daß durch diesen die Misère nicht beseitigt werden kann, aber es ist wenigstens eine kleine Abhilfe, denn eine bestimmte Anzahl von Arbeitslosen würde Arbeit bekommen.

Albrecht-Halle: Auch ich habe den Auftrag, dahin zu wirken, daß die sozialdemokratische Partei sich niemals wieder auf einen Kompromiß bei den Stichwahlen einläßt. Was die Thätigkeit der Fraktion betrifft, so kann ich mich mit ihrem Antrag auf Verstaatlichung des Apothekergewerbes nicht einverstanden erklären. Wenn wir einmal verstaatlichen wollen, so müssen wir auch für die Verstaatlichung aller anderen Gewerbe oder Berufe eintreten. Eine Verbesserung der Lage der Arbeiter im allgemeinen wird durch die Verstaatlichung der Apotheken nicht herbeigeführt. Würden sie

B

verstaatlicht, so würde die heutige Regierung, der Staat, seinen Vortheil dabei herausschlagen, und die Arbeiter in den staatlichen Betrieben und Werkstätten würden nicht besser gestellt sein, wie in den Privatbetrieben. Die Rücksicht auf das Krankenkassengesetz kann hierbei nicht den Ausschlag geben.

Könen-Hamburg: Als seiner Zeit im Reichstage die Korvette K zur Genehmigung vorlag, trat der Oberpräsident v. Puttkamer in einem Schreiben an den Reichskanzler für den Bau derselben ein, mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit der Arbeiter in Stettin. Der freisinnige Abg. Dohrn trat dem entgegen, mit der Behauptung, daß in Stettin keine Arbeitslosigkeit sei, und daß die Leute dort 5 M. pro Tag verdienten. Er wird sich diese Information vom Stettiner Rathhaus geholt haben, jedenfalls nicht aus den Stettiner Arbeiterkreisen. Diese Behauptung des Abg. Dohrn ist seitens unserer Abgeordneten ohne Widerspruch geblieben. Ich frage die Fraktion, warum sie im Reichstag keinen Widerspruch erhoben hat.

Ullenbaum-Elberfeld: Unsere Forderungen an die heutige Gesellschaft sind in zwei Abtheilungen im Programm niedergelegt. Nun hätte ich gern gewünscht, daß unsere Fraktion bei passender Gelegenheit diesen oder jenen Punkt unseres Programms in Form von Gesetzentwürfen dem Reichstage vorgelegt hätte, um dadurch eine Diskussion über diese Fragen zu erzwingen. Das würde einen großen agitatorischen Werth für uns haben. Wenn die Berichte hierüber in das Land dringen, so könnte die Landbevölkerung, die indifferente Masse, immer mehr mit unseren Prinzipien bekannt gemacht werden.

Bueb-Mülhausen i. E.: Ich habe die Verpflichtung, die Reichstagsfraktion nach dem Schicksal des auf dem Erfurter Kongreß angenommenen Antrages, bezüglich der Abschaffung der in Elsaß-Lothringen existirenden Ausnahmegesetze zu fragen. Ich muß unser Bedauern aussprechen, daß von Seiten der Reichstagsfraktion zur Erledigung desselben in diesem Jahre nichts geschehen ist, um so mehr als es ein Mitglied der Reichspartei, der Abg. Höffel, war, welcher sich im Reichstage der elsässischen Redakteure erbarmte und einen Antrag auf Einführung des deutschen Reichspreßgesetzes einbrachte. Er hätte thatsächlich einen großen agitatorischen Werth für unsere Partei gehabt, wenn dieser Antrag zugleich mit den Anträgen auf Abschaffung des bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetzes, sowie des wie ein Damoklesschwert über uns hängenden Diktaturparagraphen von unseren Genossen gestellt worden wäre. Die enormen Zuschüsse, welche das elsässische Parteiorgan von der Partei erfordert, haben ihre Ursache wesentlich in den gesetzlichen Bestimmungen über die Kolportage und die Presse. Es besteht bei uns kein einheitliches Preßgesetz; wir haben nicht

ein französisches Preßgesetz, sondern deren 27, Dekrete, Verordnungen, Ordonnanzen, davon hat das erste das Licht der Welt erblickt im Jahre des Heils 1735, das letzte im Jahre 1868. Die meisten stammen aus der traurigsten Zeit der bourbonischen und napoleanischen Gewaltherrschaft. Ich will nur ein paar Fälle herausgreifen. Wir haben eine von der Regierung genehmigte Zeitung, für welche von der Partei eine Kaution von 10 000 M. geleistet werden mußte. Dieses Geld wird verzinst zu sage und schreibe 3 pCt. Diese Zeitung war nun vor kurzem in Straßburg beschlagnahmt worden, nicht weil sie aufreizende Artikel brachte, sondern weil angeblich der Austräger dieser Zeitung nicht im Besitz des Kolportagerechts sei. Dann folgendes Straßburger Polizeistückchen. Wir ersuchten die Polizeibehörde, in Plakatform Abonnementseinladungen für Zeitungen anschlagen zu dürfen. Es wurde uns erwidert: das hat bis heute noch keine Zeitung gethan, folglich dürft ihr es auch nicht thun. (Heiterkeit.) Kurz darauf wurden hübsche Plakate für die Straßburger „Neuesten Nachrichten" angeschlagen. Unsere Straßburger Genossen wiederholten ihren Antrag und begegneten wieder einem Nein. Aehnlich steht es mit dem Vereinsgesetz. In Kolmar richteten die Textilarbeiter ein Gesuch um Genehmigung ihrer Statuten an die Polizeibehörde. Man lehnte aber den Antrag ab, obgleich es sich um die Ausübung eines durch die Gewerbeordnung gegebenen Rechts handelte. In Deutschland ist es der Kapitalismus, welcher in roher Weise die Arbeiter verhindert, dieses von der Regierung gegebene Recht auszuüben, bei uns verhindert es die Regierung. Wir hatten eine starke Textilarbeiterorganisation von über 700 Genossen zum Aerger der Kapitalisten und Behörden. Eines schönen Morgens wird ein Genosse zum Arbeitgeber zitirt und ihm und seinen Genossen eröffnet, daß, wenn sie nicht sofort ihr Amt als Vorstandsmitglieder niederlegten, sie auf die Straße gesetzt würden. Die Arbeiter erklärten sich für solidarisch mit den Vorstandsmitgliedern, sie legen die Arbeit nieder, von allen Seiten kommen Unterstützungen. Was geschieht nun? Der Textilfachverein wird von den Behörden aufgelöst, ohne daß er sich irgendwie vergangen hatte. Die Arbeiter sind durch das Kapital mit Hilfe der Regierung zerschmettert worden. (Lebhafte Aeußerungen des Unwillens.) Welche Schwierigkeiten haben wir nicht, eine Versammlung abhalten zu dürfen! Wollen wir eine Versammlung abhalten, da müssen wir uns zunächst in den Besitz eines sogenannten Stempelbogens von 40 Pfennig setzen, um darauf das Gesuch mit Angabe des Themas zu schreiben. Dann müssen wir in dem Orte herumlaufen und 7 Unterschriften von Ortsinsassen sammeln, die in sämmtlichen politischen und bürgerlichen Ehrenrechten sind. Giebt uns nun der Wirth das Lokal, dann wird er unter Umständen auf

die Polizei zitirt und ihm vorgehalten, daß, wenn er noch eine Versammlung abhalten ließe, sein Lokal geschlossen werden würde. (Glocke des Präsidenten.) Ich habe vielleicht meine Redezeit überschritten, aber hier ist die einzige Stelle, wo das elsässische Volk seinen Schmerzen Ausdruck geben kann. Der Diktaturparagraph liegt in den Händen des Statthalters. Der jetzige Statthalter macht von ihm keinen ausgedehnten Gebrauch, aber er kann es thun. In Elsaß-Lothringen kann man einem den Kopf vor die Füße legen, und es bedarf dazu weiter nichts, als daß der Statthalter darüber an den Reichskanzler berichtet. Man kann ausgewiesen werden, ohne daß irgend welcher Grund angegeben wird. Ueberhaupt: Gründe kennen die reichsländischen Behörden nicht. Als wir kurz nach dem Jahre 1870 annektirt wurden, da konnte man in der deutschen Presse so viel hören von der verlotterten französischen Wirthschaft, in der wir mit Blindheit geschlagenen Elsässer gelebt hätten. Worauf basirte diese Wirthschaft? Auf denselben Gesetzen, die heute noch nach 22 Jahren in unserem Lande in Kraft sind, die mit einer Meisterschaft gehandhabt werden, gegen die der französische Bureaukratismus ein Nichts ist. (Zustimmung.) Was führt man als Grund für diese Ausnahmegesetze an? Man sagt, wir sind Chauvinisten, wir wollten wieder französisch werden. Solche Ausdrücke sind nur möglich, weil dem elsässischen Volke in seinem Lande nicht Gelegenheit gegeben ist, dagegen Protest zu erheben. Ich erkläre im Namen des intelligenten elsässischen Volkes, d. h. nicht blos im Namen unserer Partei, sondern der Arbeiterschaft, daß wir keine Chauvinisten sind, keine Franzosenköpfe, keine Protestler. Wir sind Anhänger der Internationalität, für die kämpfen wir! (Stürmischer Beifall.) Wir wollen kein Sturmbock zwischen Franzosen und Deutschen, sondern das Bindeglied sein, durch welches sich Deutschland und Frankreich die Hände reichen. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir protestiren gegen die Annexion, nicht weil wir Franzosenköpfe sind, sondern aus denselben Gründen, aus denen die deutsche Sozialdemokratie dagegen protestirt: weil durch die Annexion das wichtigste Recht jedes Volkes, das Selbstbestimmungsrecht, mit Füßen getreten worden ist. Wir wollen Frieden haben, uns ruhig entwickeln; wir tragen unsere Lasten, dafür wollen wir aber auch unsere Rechte haben, und da ist es vor allen Dingen die sozialistische Reichstagsfraktion, an die wir uns wenden, daß sie im Reichstage unserer Klagen Ausdruck giebt. Leider haben wir die deprimirende Erfahrung gemacht, daß ein Reichsparteiler für uns einigermaßen eintritt, während unsere Fraktion geschwiegen hat. Möge mit dem erwähnten Antrag geschehen, was da wolle, werden die Ausnahmegesetze abgeschafft oder bleiben sie, wie sie sind. Wir haben bis jetzt gekämpft, wir werden weiter kämpfen. Unsere Parole ist: Vorwärts!. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.)

B

Singer schlägt vor, diejenigen Anträge, die bereits gedruckt vorliegen, und die im Laufe der Verhandlungen eingebracht sind, so weit sie sich auf die zukünftige Thätigkeit der Fraktion beziehen, nicht bei diesem Gegenstand der Tagesordnung, sondern erst bei der Berathung der übrigen Anträge zu verhandeln.

Vorsitzender Gottlieb erklärt sich gegen diesen Vorschlag, ebenso auch Bebel, da eine Grenze zwischen dem, was die bisherige war und die künftige Thätigkeit der Fraktion sein soll, schwer zu ziehen sei.

Der Parteitag ist in seiner Mehrheit derselben Meinung, und es werden folgende Anträge mit zur Debatte gestellt:

Genossen in Elberfeld: Den zweiten Theil unseres Parteiprogramms in Form von Gesetzentwürfen zu bringen und diese nebst den bisherigen Arbeiterschutzgesetz-Entwürfen dem Reichstag vorzulegen.

Genossen in Halle a. S.: Die Fraktion zu beauftragen, die sofortige obligatorische Einführung des achtstündigen Arbeitstages zu verlangen, um der immensen Arbeitslosigkeit zu steuern.

Genossen in Bernburg: Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags und die sozialdemokratische Partei wolle nach Kräften für Beseitigung des religiösen Eides wirken.

Frauen und Jungfrauen von Mannheim: Der Parteitag wolle beschließen:

1. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Parlament die Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie zu fordern;

2. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, die Anstellung weiblicher Gewerbeinspektoren in all den Gewerben zu fordern, in denen ausschließlich oder zum größten Theil Frauen beschäftigt werden.

Parteigenosse P. Reichsteig, Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags möge, gestützt auf § 5 des Gesetzes vom 31. Mai 1869, durch Einbringung eines Antrages oder Interpellation noch in dieser Session die „sofortige" gesetzliche Neueintheilung der Reichstagswahlkreise fordern.

Parteigenosse O. Kamenz, Berlin: Die Reichstagsfraktion werde beauftragt, einen Antrag auf Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen im Reichstag einzubringen.

Parteigenosse L. Emmel, St. Johann: Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten werden beauftragt: in den gesetzgebenden Körperschaften dahin zu wirken, daß alle in staatlichen Betrieben beschäftigte Hilfsbeamte und Arbeiter nach einer kurzen Probezeit unter das Beamtengesetz desjenigen Einzelstaates zu stellen sind, in dem sie beschäftigt sind.

B

Parteigenossen in Düsseldorf: Resolution: In Erwägung, daß das Parlament nur ein Agitationsmittel sein soll, beantragen die Genossen in Düsseldorf, daß von jetzt an nur (außer bei wichtigen Abstimmungen) einzelne Abgeordnete im Parlament vertreten sind und die andern während der Session in verschiedenen Provinzen Versammlungen abhalten, um so dem Volke die Nothwendigkeit des Sozialismus vor die Augen zu führen.

Ehrhart-Ludwigshafen: Der Parteitag beschließt, nach jeder Session des Reichstags einen kurz gefaßten Bericht über die parlamentarische Thätigkeit herauszugeben. Derselbe soll besonders die Aufgabe haben, als Handmaterial für diejenigen Genossen zu dienen, welche sich der Agitation widmen. Namentlich soll demselben ein Namensverzeichniß über wichtige Abstimmungen beigefügt werden.

F. Bueb-Mühlhausen-Gebweiler-Colmar, B. Böhle-Straßburg, R. Kaiser-Metz: Der Parteitag beauftragt die Fraktion, im Reichstag so bald wie möglich die Aufhebung der in Elsaß-Lothringen heute noch geltenden Ausnahme-Gesetze, nämlich des Diktatur-Paragraphen, der Versammlungs-, Vereins- und Preß-Gesetze zu beantragen und speziell hinsichtlich der letzteren die baldmöglichste Einführung der Reichs-Preßgesetze in Elsaß-Lothringen zu erstreben.

Resolution.

Der Parteitag erklärt sich mit der bisherigen parlamentarischen Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden und erwartet von derselben auch ferner eine thatkräftige Vertretung der proletarischen Interessen.

Vogtherr. W. Börner. Th. Metzner. A. Taeterow.

Flöther-Bückeburg ist der Meinung, daß, wenn man die Massen, vor Allem die ländliche Bevölkerung, gewinnen will, die sozialdemokratischen Forderungen wie der Achtstundentag von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage immer wieder erhoben werden müssen und zwar energischer, als es bisher geschehen sei. Konzessionen, wie sie Dr. Lütgenau in der Stichwahlfrage versprochen, dürften nicht gemacht werden. Man dürfe die Freisinnigen höchstens in der Agitation für Aufhebung der Schutzzölle unterstützen. Auch in Bezug auf die Frage, wie dem Nothstande in Folge der Cholera-Epidemie abzuhelfen sei, habe die Fraktion Stellung zu nehmen.

Hierauf werden die Verhandlungen abgebrochen.

Der Vorsitzende Gottlieb theilt mit, daß aus Schwedt a. O. ein von 56 Parteigenossen unterzeichnetes Schreiben eingelaufen ist, in welchem bestätigt wird, daß der Genosse Thierbach als Delegirter gewählt ist.

Dies Schreiben geht an die Mandatsprüfungs-Kommission.

Aus mehreren Orten sind Begrüßungsschreiben eingegangen.

Schluß 1 Uhr.

B

Nachmittagssitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Gottlieb.

Aus Baden-Baden ist ein Schreiben eingegangen, in dem mitgetheilt wird, daß der Genosse Geck wegen Krankheit in seiner Familie nicht am Parteitage theilnehmen kann, und daß die Freiburger Genossen des 8. Badischen Wahlkreises Joh. Friedrich Haug in Freiburg delegirt haben.

Sämmtliche Delegirte sind von der Deutschen Hutfabrik (Borgmann) zur Besichtigung dieses Etablissements für Donnerstag Nachmittag eingeladen.

An Telegrammen und Begrüßungsschreiben liegt wiederum eine ganze Anzahl vor.

Die Vormittag abgebrochene Berathung über

die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion

wird fortgesetzt.

Es werden noch folgende Anträge bezw. Resolutionen zur Debatte gestellt:

1. Herschel-Breslau und Genossen: Der Parteitag wolle beschließen: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Reichstag einen Antrag einzubringen dahingehend, die Einführung der gewerblichen Schiedsgerichte für die Gemeinden obligatorisch zu machen."

Germer-Essen: Ersuche den Parteitag, Protest zu erheben gegenüber der Maßregelung der organisirten Arbeiter der Firma Krupp von Seiten derselben, sowie der Behandlungsweise eines Theils der Unterbeamten gegenüber ihren untergebenen Arbeitern im Allgemeinen.

F. Kandt-Rostock und Genossen: Beantragen, daß die Fraktion in der nächsten Sitzungsperiode des Reichstags einen Antrag einbringt, worin ein Reichs-Vereins- und Versammlungs-Gesetz gefordert wird.

Mich. Schmidt: Die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten werden aufgefordert, in den betreffenden Parlamenten den Antrag zu stellen, daß die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter nur nach einem schiedsgerichtlichen Verfahren, daß eine grobe Verletzung festgestellt hat, entlassen werden können.

Dagegen soll die Frage des Verhaltens der Partei bei den Stichwahlen aus dieser Debatte ausscheiden und gesondert behandelt werden.

Bogs-Bromberg: Ich bin beauftragt, der Reichstagsfraktion für ihre Thätigkeit den Dank auszusprechen und einen Antrag einzubringen, nach welchem die Regelung der Neueintheilung der Wahlkreise baldmöglichst betrieben werden soll. Dann wünschen

B

wir, daß unsere Fraktion im Reichstage einen Antrag einbringen möge auf eine anderweitige Regelung der Arbeitsordnungen. Gerade die staatlichen Musteranstalten haben Muster an Fabrikordnungen, wie sie nicht sein sollen.

Schweer-Hamburg: Im Gegensatz zu einem früheren Redner bin ich ein Freund der Verstaatlichung der Apotheken. Die Erfahrungen in Hamburg bei der letzten Epidemie haben mich hierin bestärkt. Mit knapper Noth bekam die arme Bevölkerung einen Arzt, aber woher sollte sie das Geld nehmen, um die theuren Recepte zu bezahlen? Ich bin also entschieden dafür, daß die Fraktion auf eine Verstaatlichung des Apotheken- und Aerztewesens hinwirkt.

Kandt-Rostock begründet seinen Antrag: Wir in Mecklenburg wohnen unter ähnlichen Verhältnissen, wie sie uns Genosse Bueb in Bezug auf den Elsaß geschildert hat. Wir haben absolut keine politischen Rechte, wir haben Steuern zu zahlen und dann den Mund zu halten. (Heiterkeit.) Wir sind nicht einmal in der Lage, einen Delegirten öffentlich wählen zu können; wir müssen zu unseren Zusammenkünften per Karte einladen, es ist das in kleinen Städten und Ortschaften recht schwierig. Wir haben nicht einmal das Recht gehabt, über die gewerblichen Schiedsgerichte öffentlich zu reden, weil dies nach der Ansicht der Polizei ein politisches Thema ist. Deshalb können wir auch in den mecklenburgischen Wahlkreisen nicht vorwärts kommen. Die Fraktion möge also mit aller Entschiedenheit ein Reichs-Vereins- und Versammlungs-Gesetz fordern. Man hat uns in Erfurt entgegengehalten: wer bürgt uns dafür, daß wir nicht ein Reichsgesetz bekommen, das noch viel reaktionärer ist als das, was Ihr jetzt habt? Selbst wenn dies richtig wäre, so litten wir doch wenigstens Alle unter demselben Druck. Aber ich befürchte eine solche Eventualität garnicht, nachdem unsere Partei so groß geworden ist.

Lorenz-Königsberg: Auf dem Erfurter Parteitage wurde die Mangelhaftigkeit der jetzigen Gewerbegerichte betont und der Fraktion eine entsprechende Direktive gegeben. Seitdem ist nichts geschehen, und meine Mandatgeber haben mich beauftragt, diese Frage hier nochmals zur Sprache zu bringen. Die ungelernten Arbeiter sind empört darüber, daß sie von den Gewerbegerichten ausgeschlossen sind. Wir haben unter den Hafenarbeitern Königsbergs sehr viele Anhänger verloren, und der Hinweis auf die Majorität des Reichstages hat uns wenig genützt. Man hat die obligatorische Einführung der gewerblichen Schiedsgerichte in allen Städten beantragt, und ich empfehle diesen Antrag. Des Weiteren bin ich für sofortige Einführung des Achtstundentages und die Verstaatlichung der Apotheken, schon mit Rücksicht auf die agitatorische Wirkung solcher Anträge.

B

Metzner-Berlin: Nützen derartige Anträge nicht viel, so wecken sie wenigstens das öffentliche Interesse. Dahin gehört auch der Antrag, die sozialdemokratische Fraktion wolle nach Kräften für die Beseitigung des religiösen Eides wirken. In der Form des Eides liegt eine Bedrückung, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann. Viele von uns gehören keiner der gläubigen Richtungen mehr an, welche irgend eine Hoffnung auf eine überirdische Belohnung oder Bestrafung in sich bergen. Den Antrag der Frauen und Jungfrauen aus Mannheim unterstütze ich gern, dagegen erscheint mir der Protest gegen die Firma Krupp völlig grundlos. Wir haben hier in der nächsten Nähe eine Maßregelung vor Augen, die in ihren weittragenden Folgen nichts zu wünschen übrig läßt; ich meine die Maßregelung der Bediensteten der Pferdebahnen und öffentlichen Verkehrsanstalten. Auf diese und viele andere Gemaßregelte müßte doch mindestens der Antrag ausgedehnt werden. Die Düsseldorfer Resolution halte ich für überflüssig.

Auer: Dieser Punkt der Tagesordnung lautet: Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion. Es soll bei dieser Gelegenheit eine Kritik geübt werden, wenn eine solche nothwendig ist, an den Handlungen der Reichstagsfraktion seit unserem letzten Parteitage. Alle die Zukunftsträume, die bis jetzt in die Diskussion hereingespielt haben, scheinen mir sehr verwandt zu sein mit dem, was man leeres Stroh dreschen nennt. (Sehr wahr.) Beantragt ist z. B. eine Abänderung des Strafgesetzbuches. Na, was hätten wir nicht Alle für Wünsche! Wir würden nicht nur eine Aenderung der Eidesformel und den Fortfall des Majestätsbeleidigungsparagraphen verlangen, sondern eine Reihe viel wichtigerer Bestimmungen ändern. (Zustimmung.) Deshalb wäre es in Rücksicht darauf, daß es noch eine Reihe anderer Punkte giebt, bei denen es unter allen Umständen nothwendig ist, daß der Parteitag der Parteileitung eine Direktive giebt, weit fruchtbarer, nur zu sagen, was Ihnen an dem bisherigen Verhalten der Reichstagsfraktion nicht gefallen hat. Zukunftsmusik ist hier überflüssig. Beauftragen Sie doch die Fraktion, dafür zu sorgen, daß der sozialdeomkratische Staat eingeführt wird, (Heiterkeit) damit ist Alles gesagt. Sie müssen zur Fraktion das Vertrauen haben, daß sie im gegebenen Falle das Zulässige und Mögliche fordert, wenn es das Interesse der Partei oder wenigstens das Interesse der Agitation erheischt. Man richte doch alle solche Wünsche direkt an die Fraktion. Was die Düsseldorfer Resolution betrifft, so bedauere ich, daß die Düsseldorfer Genossen keinen Delegirten hierher geschickt haben, der uns sagt, wie das etwa ausgeführt werden soll. So bleibt nichts übrig, als den Antrag abzulehnen.

Ehrhart-Ludwigshafen begründet kurz seinen Antrag. Nicht jeder Genosse habe die Zeit, das zur Agitation nothwendige Material

B

zu sammeln. Deshalb müßte dem Agitator in jedem Jahr ein handlicher Bericht, ähnlich wie das Lux'sche Handbuch, über die Thätigkeit des Reichstages zu Gebote gestellt werden, aus dem auch ersichtlich wäre, was die Gegner geleistet hätten.

Bebel: Mit den Ausführungen Auer's bin ich diesmal ganz und garnicht einverstanden. Allerdings handelt dieser Punkt der Tagesordnung von dem Bericht über die Thätigkeit der Fraktion. Wir haben aber ausdrücklich beschlossen, daß alle Anregungen, welche in Bezug auf die künftige Thätigkeit der Fraktion aus dem Schoße des Parteitages an uns gelangt sind, einer allgemeinen Diskussion unterzogen werden. Allerdings bin ich mit Auer insofern gleicher Meinung, als unter diesen Anträgen sich eine ganze Reihe solcher befindet, die ihre thatsächliche Erledigung gefunden haben, oder überhaupt nicht erledigt werden können, oder der Fraktion zur Erwägung für künftige Schritte überwiesen werden können. Aber es ist gut, wenn die Fraktion weiß, was die Partei im Ganzen wünscht, daß sie thue, und nicht anders fasse ich die heutigen Anträge und Erörterungen auf. Nun ist man ja freilich bei dieser Auffassung von der zukünftigen Thätigkeit der Fraktion in den verschiedenen Anträgen weit über das hinausgegangen, was vernünftiger Weise, möchte ich sagen, zulässig ist. Hätten z. B. die Elberfelder Genossen, als sie ihren Antrag beriethen und beschlossen, keinen Juristen unter sich gehabt, dann könnte man allenfalls einen solchen Antrag begreifen. Wir sollen nicht mehr und nicht weniger als den ganzen zweiten Theil unseres Programms in Gesetzesform formuliren und dem Reichstag zur Berathung vortragen! Dazu haben wir gar nicht die Kräfte, und dann können wir nicht in jedem Moment die Forderungen des Programms vor den Reichstag bringen ohne die mindeste Hoffnung auf deren Annahme. Aber nun hat diesen Antrag, so viel ich weiß, Genosse Landé gestellt; er ist Jurist und muß wissen, was in Bezug auf Vollendetheit der Form der Anträge im Reichstage verlangt wird. Solche Anträge werden nicht aus dem Aermel geschüttelt. Ueber den Arbeiterschutzgesetzentwurf haben wir Monate und Monate gesessen, und dann hat man uns im Reichstage vorgeworfen, daß er in vieler Beziehung formal mangelhaft sei, weil wir nicht die dazu nothwendigen Juristen unter uns hätten. — Was den Mannheimer Antrag betrifft, so würden die Frauen und Jungfrauen Mannheims diesen Antrag garnicht gestellt haben, wenn sie mit den Bestimmungen der neuen Gewerbeordnung genauer vertraut gewesen wären. Denn in dieser ist zwar nicht die obligatorische Inspektion für die Hausindustrie ausgesprochen, aber dem Bundesrath die Vollmacht gegeben, diese Bestimmungen auf die Hausindustrie auszudehnen. Der zweite Antrag der Frauen und Jungfrauen in Mannheim, betreffend die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren,

ist den gegenwärtigen Verhältnissen gegenüber nur ein frommer Wunsch. Was den Antrag betrifft, die gewerblichen Schiedsgerichte überall obligatorisch einzuführen, so ist die Vorlage über die gewerblichen Schiedsgerichte erst im vorigen Jahre Gesetz geworden. Wir haben die obligatorische Einführung der Schiedsgerichte verlangt, unser Antrag ist abgelehnt worden, und nun sollen wir schon wieder einen solchen Antrag stellen! — In welch' trauriger Lage sich die elsässischen Genossen befinden, hat Genosse Bueb in zündender Rede dargelegt. Er hat die Beseitigung des Diktaturparagraphen, die Einführung des deutschen Preßgesetzes und ein neues Vereins- und Versammlungsgesetz verlangt. Von diesen Forderungen können wir nur zwei auf die Tagesordnung setzen, die Beseitigung des Diktaturparagraphen und die Einführung des deutschen Preßgesetzes. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist zwar der Kompetenz des Reiches unterstellt, aber da wir noch kein Vereins- und Versammlungsgesetz für das Reich haben, so können wir es nicht für Elsaß-Lothringen verlangen. Unsere Anregung in Erfurt hat dem Abgeordneten Höffel Veranlassung gegeben, sofort einen bestimmt formulirten Antrag bei Eröffnung der Session einzubringen. Er kam uns also zuvor, und er konnte es, weil wir sammt und sonders mit Ausnahme von Hickel in der Fraktion über die ländlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen ununterrichtet waren und uns erst informiren sollten, und ehe wir dazu schritten, war der Höffel'sche Antrag schon gestellt, sonst wäre er ganz sicher von uns gestellt worden. — Genosse Kandt hat hervorgehoben, wie traurig in Mecklenburg die Verhältnisse seien und verlangt, daß dort dasselbe Maß von Freiheit gewährt würde wie im übrigen Deutschland. Ich begreife das vom Standpunkt der Mecklenburger vollkommen. Aber Kandt wird anerkennen, daß wir mit dem Maß von Freiheit im übrigen Deutschland lange nicht zufrieden sind. Nach unserem Programm haben wir nichts weiter zu beantragen, als die Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung unterdrücken. Mit einem neuen Vereins- und Versammlungsrecht können wir auf Grund unseres Programms nicht vorgehen. Einerseits haben wir Mecklenburg gegenüber eine ganze Reihe von Staaten, wie Hessen, Baden, Württemberg und Thüringen, die ein besseres Vereins- und Versammlungsrecht haben, andererseits verstößt die Forderung gegen den klaren Wortlaut des Programms. Der Antrag Emmel ist nicht acceptabel. Wenn wir einen solchen Antrag stellen, dann müssen wir ihn für alle Arbeiter stellen. Ich könnte ihnen auch nachweisen, daß dieser Antrag auch materiell garnicht die Bedeutung hat, die der Antragsteller demselben beimißt. Wir kommen über die ganze Frage sehr einfach und kurz hinweg, wenn wir die ganzen Anträge, ob sie annehmbar sind oder nicht, so weit sie sich auf die zukünftige Thätigkeit der Fraktion beziehen,

einfach der Fraktion zur Erwägung überweisen. Ich beantrage demnach, alle diese Anträge der Fraktion zu überweisen.

Auf Antrag Fischer-Weimar und Schmidt-Zwickau wird die Diskussion geschlossen, nachdem Emmel sich dagegen erklärt hat.

Das Schlußwort erhält

Berichterstatter Singer: Parteigenossen! Nachdem, wie es scheint, im Parteitage die Neigung vorhanden ist, alle zu diesem Punkte der Tagesordnung gestellten Anträge der Reichstagsfraktion zur weiteren Erwägung zu überweisen, kann ich mir ein näheres Eingehen auf die meisten dieser Anträge ersparen. Ich würde sonst im Wesentlichen zu denselben Resultaten kommen müssen wie Bebel. Was die Diskussion anlangt, so kann es sowohl der Partei als auch den Abgeordneten zur Genugthuung gereichen, daß gegen die Thätigkeit der Fraktion wesentliche Einwendungen hier nicht erhoben werden konnten. Vereinzelte Bedenken hat nur unser Antrag betreffend die Verstaatlichung der Apotheken hervorgerufen. Wenn es uns aber gelungen wäre, die privatkapitalistische Ausbeutung, die gerade auf dem Gebiet des Heilwesens am niederträchtigsten wirkt, zu beseitigen, so hätten wir doch etwas erreicht, was des Kampfes werth gewesen wäre. Wir haben nur zu bedauern, daß der Genosse, der vorhin sprach, dasselbe that wie der Reichstag nämlich unseren Antrag pure abgelehnt hat. Ich bin sehr weit entfernt, zu glauben, daß, wenn unser Antrag angenommen und die Apotheken und Aerzte verstaatlicht worden wären, die Klassenlage der Arbeiter wesentlich verändert und eine durchgreifende soziale Umgestaltung der herrschenden Verhältnisse herbeigeführt sei. Davon ist gar keine Rede. So lange aber das privatkapitalistische Wirthschaftssystem noch besteht, dürfen wenigstens die Heilmittel und die ärztliche Behandlung nicht zum Gegenstand der Ausbeutung gemacht werden; gerade in Rücksicht auf das neue Krankenkassengesetz wäre es doppelt wünschenswerth, wenn die Krankenkassen in der Lage wären, statt sich in geradezu schamloser Weise von den Apotheken ausbeuten zu lassen, das ersparte Geld zu besserer und größerer Unterstützung für die Kranken zu verwenden. (Zustimmung.) Genosse Koenen hat gefragt, warum wir einer bestimmten Aeußerung eines freisinnigen Abgeordneten nicht widersprochen haben. Ich persönlich erinnere mich dieses Vorfalls nicht, vielleicht war ich gerade nicht im Hause. Aber andererseits geht es im Reichstage gerade so zu, wie hier auf dem Parteitage; wenn die Diskussion geschlossen ist, so muß man eben ruhig sein. Die Angelegenheit aber zum Gegenstand eines besonderen Antrages zu machen, würde sich doch kaum empfohlen haben. Wäre die Möglichkeit gewesen, die Angabe, daß in Stettin keine Arbeitslosigkeit geherrscht habe, durch einen unserer platzkundigen Vertreter im Augenblick zu widerlegen, so würde dies ganz gewiß geschehen sein. In Bezug

auf die Klagen von Bueb und Kandt möchte ich sagen: nicht nur in Mecklenburg und im Elsaß müssen die Leute Steuern zahlen und den Mund halten, auch in Preußen findet das alte Wort: „Steuern zahlen und Maul halten" seine historische Begründung. Unsere Gegner halten es überhaupt nicht für nöthig, daß die Sozialdemokratie in den Parlamenten mitredet. Den Gegnern könnte kein größerer Gefallen geschehen, als daß die parlamentarische Sozialdemokratie, nach dem Rathe des Herrn Hans Müller, in der Versenkung verschwindet. (Heiterkeit.) Zum Antrage Ehrhart, der mir sehr der Beachtung werth erscheint, und über den ja besonders abgestimmt werden wird, bemerke ich noch, daß es ganz nützlich sein würde, wenn der Parteitag die Fraktion veranlaßte, unmittelbar nach jeder Session einen gedrängten Bericht über ihre Thätigkeit zu veröffentlichen. Zweifellos würden die Genossen im Lande an der Hand dieses Materials eher in der Lage sein, die Fragen, auf die es ankommt, in Versammlungen zu erörtern. Ich sehe keinen Grund, mich gegen die Annahme des Antrages Ehrhart auszusprechen. Indem ich mich über die unsere Thätigkeit beurtheilende Resolution selbstverständlich jedes Wortes enthalte, kann ich zum Schluß nur noch versichern, die Fraktion wird nach wie vor bestrebt sein, auch im Parlamente die Ziele der Partei energisch zu fördern und rastlos für die Befreiung der Arbeiterklasse zu kämpfen. (Beifall.)

Der Antrag Bebel, sämmtliche Anträge, welche Vorschläge für die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion enthalten, derselben zur Erwägung zu überweisen, wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Die vom Referenten eingebrachte Resolution betreffend die Militärvorlage gelangt einstimmig zur Annahme.

Die Resolution Vogtherr, Börner und Genossen wird gegen 3 bis 4 Stimmen angenommen, die Resolution Düsseldorf gegen 5 bis 6 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Ehrhart findet eine große Majorität.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:

Anträge zur Organisation.

Zur Verhandlung steht zunächst der Antrag einer Versammlung von Frauen und Mädchen in Berlin, Fräulein Baader und Genossinnen, auf

1. Sprachliche Aenderung der §§ 3, 4 und 5, soweit die Rede von „Vertrauensmännern" ist, und dafür die Worte „Vertrauenspersonen" zu setzen.

Ottilie Baader-Berlin: Die Abänderung ist beantragt worden, weil wir in der sprachlichen Ausdrucksweise ein Hinderniß dafür sehen, daß die Frauen mit zu den Arbeiten herangezogen werden, die in unserer Partei erforderlich sind. Da nun die Sozialdemokratie